Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk., durch die Post 3,26 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte noch keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1146
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176;
der Bezugs-Abteilung Nr. 1123.
Postscheckkonto Leipzig 4699.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unserem Annahmebüro und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme: vorm. 11 Uhr, in der Sonntagsnummer abends 6 Uhr. — Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Nebengeschäftsstelle: Markt 24

Nr. 397. **Halle, Donnerstag, den 26. August** **1915.**

Die Russen werden in die Rokitno-Sümpfe getrieben

Der feindliche Widerstand südwestlich Brest-Litowsk gebrochen. — Die Russen in den Fortsgürtel geworfen.

Riga in Erwartung des Land- und Seeangriffs.

Das linke Düna-Ufer geräumt.

c. B. **London**, 25. August.

„Daily News" melden aus Petersburg: Die Anzahl der noch in Riga verbliebenen Zivilpersonen dürfte sich auf höchstens 30 000 belaufen. Es sind dies nur Bewohner des rechten Ufers der Düna. Die links der Düna liegenden Stadtteile und alle Vorstädte sind völlig verödet. Man erwartet ein gleichzeitiges Vordringen der Deutschen von der See- und Landseite. Vom Meere aus ist in den letzten Tagen häufig schwerer Kanonendonner hörbar gewesen. Täglich überfliegen von Tukkum aus Zeppelinluftschiffe und Flugzeuge die Stadt. Die Flieger werfen jedoch keine Bomben, sondern unternehmen nur Aufklärungsfahrten. Sie fliegen sehr hoch, so daß sie sich außerhalb des Feuerbereichs der russischen Ballonabwehrkanonen befinden. Die Deutschen haben an verschiedenen Stellen die Misse überschritten.

*

Flucht aus Petersburg.

c. M. **Stockholm**, 25. August.

Aus Petersburg wird berichtet: Infolge der Flottenereignisse in der Rigaer Bucht und der wildumherschwirrenden Gerüchte von einem bevorstehenden deutschen Flottenangriff im Finnischen Meerbusen beginnen bereits wohlhabende Familien Petersburg zu verlassen und nach dem Innern Rußlands überzusiedeln. Die Transportgeschäfte sind mit Aufträgen überschüttet und fordern vier- bis fünffach erhöhte Preise. Die Petersburger Presse spricht die Befürchtung aus, daß nach der Einnahme Rigas das Erscheinen deutscher Luftschiffe über Petersburg nicht ausgeschlossen sei. In der Beurteilung der Kriegslage ist der Petersburger Presse die größte Zensurfreiheit eingeräumt worden, sofern die Zeitungen nur den schließlichen „Endsieg" Rußlands recht eindrucksvoll den Lesern versichern.

*

Russische Straßenpolizisten als Offiziere.

c. B. **Bukarest**, 25. August.

Hiesige Blätter melden, daß Rußland die gewöhnlichen Straßenpolizisten nach einem kurzen Kursus als Offiziere an die Front schicken werde, um die Hunderttausend fehlenden Offiziere auf diese Weise zu ersetzen.

*

Die letzten Russen in Ostgalizien.

c. B. **Budapest**, 25. August.

In jenen Teilen von Galizien, wo noch russische Truppen stehen, herrscht verhältnismäßig Ruhe. Sowohl an der Zlota-Lipa wie am Dnjestr haben die Russen zwar versucht, unsere Front durch kleinere Angriffe aus dem Gleichgewicht zu bringen, aber alle ihre Unternehmungen scheiterten vollkommen. Durch Gegenstöße haben wir den Feind allenthalben in seine ursprünglichen Stellungen zurückgeschlagen, so daß wir an den beiden genannten Flußläufen alle jene wichtigen Uebergangspunkte, die wir seinerzeit den Russen abnahmen, in Händen haben. Die Kommandostellen der russischen Grenztruppen haben infolge des Verlaufs der Kämpfe in Polen schon in der vorigen Woche die russischen Zivilverwaltungsbeamten, die für die besetzten Gebiete ernannt waren, von ihrem Posten enthoben und ins Hinterland geschickt, so daß nun die russischen Offiziere die Zivilgeschäfte mitversehen.

*

Die Auflösung der Duma geplant.

c. B. **Petersburg**, 25. August. (Indirekt.) Der Dumapräsident Rodjanko teilt in einem Privatgespräch mit, daß der Ministerpräsident Goremykin ihm gegenüber die Ansicht geäußert habe, die Duma müsse in der zweiten Augusthälfte russischen Stils aufgelöst werden. Diese Enthüllung Rodjankos hat in Dumakreisen höchst alarmierend gewirkt, weniger im Zentrum, von der Rechten schon gar nicht zu sprechen, als bei der Linken, deren Partei eine Fraktionssitzung nach der anderen abhält und in ihrer Presse erklärt, eine so rasche Dumauflösung würde das Volk vor den Kopf stoßen und glauben machen, daß die Regierung nach wie vor im Trüben fischen wollte. Tatsächlich ist es so gekommen, wie wirkliche Kenner der russischen Verhältnisse gleich nach der Eröffnung der Duma vorausgesehen haben. In den ersten beiden feierlichen Plenarsitzungen die angebliche Verbrüderung von Regierung und Parlament, hochtrabende patriotische Reden, die Schaffung zahlloser Kommissionen für uferlose Pläne, Hoffnungen auf einen politischen Frühling. Dann kam wie noch stets in Rußland das selbstzufriedene Schlafengehen. Die Regierung sprach von der Autonomie Polens, nachdem Polen verloren war, von Freiheiten für die Juden, nachdem eine Million Juden teils nach Sibirien verbannt, teils in plombierten Waggons nach allen Richtungen verschickt waren.

*

Wann Rußland nicht mehr siegen muß.

c. B. **Kopenhagen**, 25. Aug. In der „Nowoje Wremja" wird mitgeteilt, daß der politische Schriftsteller Menschikoff, der in seinem Blatte täglich Kriegsartikel unter dem Gesamttitel „Wir müssen siegen" veröffentlicht, aus dem Leserkreise zahlreiche Aufforderungen erhalten hat, den Titel zu ändern. Darauf sei zu erwidern, daß Rußland zwar jetzt sehr geschwächt und ermattet sei, dasselbe sei aber auch mit Deutschland der Fall. Rußland könne noch alle Hoffnungen auf die Verbündeten setzen, deren Pflicht es sei, für uns bis zum letzten Mann einzutreten. Erst wenn auch diese Hilfe versage, habe man das Recht, alle Hoffnungen aufzugeben, dann werde auch Menschikoff bereit sein, seiner Artikelserie einen neuen Titel zu geben.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien**, 25. Aug.

Amtlich wird verlautbart, 25. August 1915:

Russischer Kriegsschauplatz.

Die Truppen des Erzherzogs Joseph Ferdinand und des Generals v. Koeveß drängen im Verein mit den Verbündeten unter unausgesetzten Kämpfen den Feind gegen die Lesna zurück. Auch der Widerstand der noch südwestlich von Brest-Litowsk kämpfenden Russen ist gebrochen. Sie wurden durch die Divisionen des Generals von Arz und durch deutsche Truppen in den Fortsgürtel geworfen. Nordöstlich Wlodawa treiben deutsche Kräfte den Feind immer tiefer in die Wald- und Sumpfzone hinein. Die Reiterei des Feldzeugmeisters v. Puhalla geht beiderseits der von Kowel nach Kobrin führenden Straße vor. Honvedhusaren erstürmten ein verschanztes Dorf an der Bahnlniie Kowel—Brest-Litowsk. Zwischen Wladimir-Wolinsk und der bessarabischen Grenze herrscht Ruhe.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt der Hochfläche von Doberdo wurde gestern die feindliche Infanterie, die sich am Südhange des Monte Dei Sei Busi eingenistet hatte, durch unser Geschützfeuer zum eiligen Verlassen ihrer Stellungen gezwungen. Unsere Front südwestlich San Martino stand wieder unter dem Feuer schwerer Artillerie. Mittags setzten die Italiener zu einem neuen Angriff an, der gleich den vorgestrigen Vorstößen nahe an unseren Verteidigungslinien abgewiesen wurde. Vor dem Görzer und Tolmeiner Brückenkopf, sowie im Krugebiet herrscht verhältnismäßig Ruhe. Dagegen fängt lebhaftere Tätigkeit des Feindes vor Flitsch und Raibl an. — Im Tiroler Grenzgebiet entwickelten sich mehrfach Kämpfe. Gestern spät abends versuchte feindliche Infanterie gegen den nördlichen Abschnitt der Hochfläche von Lavarone vorzugehen. Heute früh war dieser Angriff abgeschlagen. Beiderseits der Tonale-Straße griffen bei Morgengrauen mehrere italienische Bataillone an. Hier ist der Kampf noch im Gange. Die Artilleriegefechte dauern nahezu an der ganzen Tiroler Grenze fort.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Kaiser an die Heerführer im Westen.

WTB. **Berlin**, 25. August. An Herzog Albrecht von Württemberg telegraphierte Se. Majestät der Kaiser:

Ein Jahr ist seit der Zeit verflossen, in der sich die damals 4. Armee unter Ew. Königlichen Hoheit ausgezeichneten Führung in den schweren, aber sieg- und ruhmreichen Kämpfen am Semois und an der Maas die Bahn zum Stoß weit in das Gebiet des Feindes hinein erzwang. An der Spitze der dann neugebildeten Armee gelang es Ihnen, mit jungen und ungeübten, wenn auch von herrlichem Geist erfüllten Truppen, nicht nur die Umfassungsversuche des Gegners gegen unsere nördliche Flanke trotz ungünstiger Verhältnisse zu vereiteln, sondern auch an der Küste und auf dem blutgetränkten Boden Flandern festen Fuß zu fassen. In Wassersnot und im Kampfe gegen überlegenen Feind sind dort vollwertige Verbände herangereift, die ihre Aufgabe, uns Sicherheit im Rücken zu geben, während die Entscheidung im Osten erstritten wurde, in vortrefflicher Haltung erfüllten. In Anerkennung solcher Leistungen verleihe ich Ew. Königlichen Hoheit den Orden Pour le mérite. **Wilhelm I. R.**

An den Kronprinzen hat der Kaiser folgendes Telegramm gesandt:

In diesen Tagen jährt sich die Erinnerung an die Schlacht von Longwy, in der sich die 5. Armee unter Deiner Führung in mächtigem Ansturm den Weg in Feindesland bahnte, von Erfolg zu Erfolg schritt und dann, bis sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe, die Verbindung des Westheeres mit der Heimatgrenze zu sichern, in die Gegend nördlich von Verdun gewiesen wurde. Deine Armee hat diesen ihr gewordenen Auftrag in vollkommener Weise erfüllt und dadurch mit die Grundlage für unsere Siegs im Osten geschaffen. Niemals ist in ihr während der langen schweren Zeit der Angriffsgedanke verloren, nirgends haben sich zähe Tapferkeit, unbeugsamer Wille, den Feind niederzuringen, Sorge für den Untergebenen in glänzenderer Weise betätigt, als während der mühseligen, an stillem Heldentum überreicher Argonnenkämpfe. Für solche Leistungen Dir und Deiner Armee meinen Dank und meine Anerkennung zu sagen, ist mir ein Bedürfnis. Als äußeres Zeichen derselben verleihe ich Dir den Orden Pour le mérite. **Wilhelm.**

An den Kronprinzen von Bayern hat der Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

Mit Stolz erinnert sich Deutschland in diesen Tagen der glorreichen Schlacht in Lothringen, in der Ew. Königliche Hoheit an der Spitze von Söhnen aller deutschen Stämme den in das Reich eingebrochenen Feind über die Grenze zurücktrieben. Dem leuchtenden Sieg ist eine lange, schwere Zeit gefolgt. Dem immer wieder erneuerten Ansturm der der Zahl nach weit überlegenen Gegner galt es die Stirn zu bieten, um die Grundbedingungen für unsere Operationen im Osten zu schaffen. Wie Ew. Königliche Hoheit und die Ihnen anvertrauten Truppen diese Aufgabe lösten, das ist für alle Zeiten auf der Tafel der deutschen Heeresgeschichte verzeichnet. Mir aber ist es ein Bedürfnis, Ihnen in dankbarster Anerkennung dessen, was Sie für die deutsche Sache geleistet haben, den Orden Pour le mérite zu verleihen.

„Arabic" und „Lusitania".

In der deutschfeindlichen Presse der Vereinigten Staaten wird wieder einmal nach Kräften anläßlich der Versenkung der „Arabic" gegen Deutschland gehetzt.

Auch diesmal wird, wie im „Lusitania"-Fall, absichtlich ignoriert, daß die „Arabic", wie die „Lusitania", ein Hilfskreuzer war und große Kriegsmaterialtransporte beförderte, für die die Amerikaner nur die Schutzengel sein sollten. Nach Roosevelt und der amerikanischen Hetzpresse soll uns Herr Wilson nun als Feind behandeln.

Demgegenüber ist es interessant, daß auch in Amerika von einsichtigen Leuten der „Lusitania"-Fall ganz objektiv beurteilt worden ist.

Der frühere Gouverneur von Pennsylvania, Samuel W. Pennypacker, der als Geschichtsforscher einen internationalen Ruf genießt, veröffentlicht in einer der angesehensten Newyorker Zeitungen einen Artikel über den „Lusitania"-Fall, der es verdient, auch in Deutschland bekannt zu werden. Die Ausführungen des bekannten amerikanischen Politikers beweisen vor allem zweierlei: sie zeigen erstens, daß Präsident Wilson keineswegs, wie dies die englo-amerikanische Presse glauben machen möchte, in seiner Auffassung des „Lusitania"-Falles die ganze öffentliche Meinung Amerikas hinter sich hat, und sie zeigen zweitens in außerordentlich interessanter Weise, wie gerade das an sich tief bedauerliche „Lusitania"-Ereignis die Uebereinstimmung der deutschen und amerikanischen Interessen an den Tag legten. Wir lassen die Ausführungen des Herrn Pennypacker mit unwesentlichen Kürzungen folgen:

„Es ist sehr fraglich, ob die wirkliche Bedeutung und die wichtigsten Gesichtspunkte der Versenkung der „Lusitania" vom amerikanischen Volke bereits in Betracht gezogen worden sind. Der Sympathie mit den Unglücklichen, welche ertrunken sind, und der Entrüstung über die kriegführende Macht, welche die Torpedierung des Dampfers veranlaßte, ist lebhafter Ausdruck geworden. Aber derartige Stimmungen können sehr schnell ausgelöst werden und können bei jedem Kriege entstehen. Sie werden hervorgerufen durch die Verfolgung der Juden seitens der Russen, durch die Behandlung, welche die Japaner den Koreanern angedeihen lassen, durch die Unterdrückung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150826012/fragment/page=0001

Buren seitens der Engländer, und wie in diesen Fällen schwinden sie dahin und werden beim ersten Szenenwechsel vergessen. Das Ereignis sollte an den Verstand appellieren und nicht an Stimmungen.

Nichts ist mehr gewiß, als daß wir früher oder später einen Kampf führen werden um den Besitz des Meeres. Unser Interesse ist nicht auf die Besetzung von Land auf dem europäischen Kontinent gerichtet, sondern auf die Herrschaft über die Meere, welche uns umgeben. Unsere Interessen sind notgedrungen denjenigen der Nation widerstrebend, welche diese Meere zu kontrollieren sucht. Im Jahre 1861, als wir uns inmitten eines Existenzkampfes befanden, baute England die „Alabama" und „Florida" und machte sich die Gelegenheit zu Nutzen, um unseren Handel von den Meeren zu treiben. Selbst im letzten Jahrzehnt vereitelte England durch seinen Einfluß Pläne, welche Amerika zum Vorteil gereicht hätten. Der Amerikaner Shufter, der mit Erfolg Ordnung in die Finanzen Persiens zu bringen versuchte, wurde daran verhindert. Herr Wilson hatte versprochen, daß das amerikanische Volk seine Schiffe durch seinen eigenen Kanal frei von Kanalzöllen senden könnte, aber auch das wurde vereitelt. Alle diese Ereignisse trugen sich nicht wegen irgendwelcher besonderen Feindseligkeit zu, nicht wegen eines Mangels an Verständnis dafür, daß beide Völker dasselbe Blut in den Adern haben, sondern aus Furcht, daß es mit der Zeit eine Nation auf Erden geben würde, die stark genug wäre, um die Suprematie des britischen Reiches in Frage zu stellen.

In der jetzigen Kriegsorgie ist das verruchteste Ereignis weder der Meuchelmord, begangen an dem österreichischen Thronfolger, Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, noch der Einfall in Belgien, noch die Beschädigung von Kathedralen, noch die Bombardierung von unbefestigten Städten, sondern die Tatsache, daß England in der Hoffnung, einen Rivalen zu unterdrücken, den Mongolen losgelassen hat und damit alles das, was diese Tat für die Zukunft der Welt bedeutet. Die Hauptlast der schlimmen Folgen wird nicht Deutschland, sondern Amerika zu tragen haben. Und das andere verruchteste Ereignis war das Abkommen, welches England mit Japan machte und durch das es sich verpflichtete, nicht eher aufzuhören zu kämpfen, bis Japan zufriedengestellt sein werde.

Dieser Kampf ist ein furchtbarer Existenzkampf, damit dem Herzen die Möglichkeit gegeben wird, zu schlagen, und den Lungen die Luft zu atmen. Wir können mit allen Völkern sympathisieren, aber wir sollten zuerst uns um unser eigenes Wohl bekümmern. Es ist nicht ganz klar, welch einen Kurs Amerika in diesem Riesenkampfe einschlagen sollte. Die ihm infolge der Tatsache, daß es das einflußreichste unter den nichtkämpfenden Ländern ist, obliegende Pflicht war es, die Rechte der Neutralen mit solcher Festigkeit zu vertreten, um sich Achtung zu verschaffen und den Beweis dafür zu erbringen, daß es nicht vorgebe, den Kriegführenden gegenüber gleichgestimmt zu sein, während es in Wirklichkeit einem derselben seine Hilfe gewährt.

Amerika hätte Deutschland erklären sollen, daß wir gesetzlich absolut berechtigt sind, Waffen und Munition irgend jemand zu verkaufen, wenn es uns gefällt, und daß, wenn wir es nicht täten, es lediglich aus jenen humanitären Gründen geschehe, welchen Herr Wilson in seinem letzten Briefe so salbungsvoll Ausdruck gegeben hat. Amerika hätte England erklären sollen, daß wir, wenn wir Schiffe kaufen wollten, sie von den Deutschen oder von irgend jemand kaufen würden, der sie zu verkaufen hätte. Wir hätten auf dem Rechte der Neutralen bestehen sollen, auch eine entscheidende Stimme darüber zu haben, was als Kriegskonterbande gelten soll, und nicht dem Kriegführenden gestatten sollen, zu erklären, daß Oel, Baumwolle, Nahrungsmittel, Kupfer und alles andere, was wir sonst noch zu verkaufen haben, zu jener Klasse gehören. Wir hätten England erklären sollen, daß die Nordsee ein offenes Meer ist und daß wir, sollte es nötig sein, dorthin zu fahren und Handel zu treiben beabsichtigen. Wir hätten die Benutzung unserer Flagge als Mittel, um Schiffen von Kriegführenden es zu ermöglichen, sicher in ihre Heimathäfen sich hineinzuschleichen, verbieten sollen.

Wir sollten uns nicht so weit erniedrigt haben, England um die Erlaubnis zu bitten, daß wir Nachrichten über das Ozeankabel erhalten können, das von den Amerikanern erdacht und durchgeführt wurde, und zu dulden, daß diese Forderung verweigert wurde. Jener Handel, um den unsere Vetern uns durch die Freibeuterzüge der „Alabama" beraubten, als wir vor 50 Jahren im Kriege lagen, hätte vermehrt wiedergewonnen werden können, während sie Krieg führen, und es hätte geschehen können, ohne daß wir Kaperschiffe ausschickten. Es hätte wenigstens ein ernstlicher Versuch gemacht werden können.

Es wäre vielleicht zuviel erwartet gewesen, wenn man verlangt hätte, daß Amerika den nötigen Schlag hätte führen sollen, um die Herrschaft einer Nation über das Meer zu stürzen, welches drei Viertel der Oberfläche der Erde bedeckt. Uns ist von Kindheit an bis zur Mannbarkeit vorgesungen worden „Britania rules the wawes", daß wir erstaunt sind, wenn wir hören, daß die Zulässigkeit dieses Zustandes in Frage gestellt wird. Dienstbarkeit gibt es auch in geistiger Beziehung, nicht allein in körperlicher. Eine Nation, welche außerstande ist, ihre Kriegsvorräte auf ihrem bedeutendsten transatlantischen Dampfer im Gesichtskreis ihrer eignen Häfen zu beschützen, kann nicht länger den Anspruch, das Meer zu beherrschen, aufrechterhalten, und die Tatsache ist erwiesen worden. Es darf nicht vergessen werden, daß hiernach die „Mauretania", ein Dampfer von gleicher Größe, keine Ozeanfahrten wieder gemacht hat. Wenn Deutschland die „Lusitania" versenkte mit ihrer Ladung von Kriegsmaterial, vielleicht gedeckt durch die Sterne und Streifen, hat es viel für Rußland getan, welches im Krimkriege das Mittelländische Meer nicht erreichen durfte, für Frankreich, welches Augen und Ohren vor Trafalgar und St. Helena geschlossen hat, aber am meisten von allen für Amerika, dessen Handelsschiffe immer noch nach Buenos Aires und soweit wie Cathay (China) dampfen. Was der Norden für die Neger getan hat, das hat Deutschland für uns getan. Seine Unterseeboote haben die Sklavenketten gebrochen, welche unseren Fortschritt aufhielten, ebenso wie sie denjenigen Irlands und Kanadas niederhielten.

Uns umgeben im Norden und Osten Kanada, die Bermuda-Inseln, Nassau und Jamaika, während Englands Verbündeter Japan im Westen sich den Sandwichs-Inseln und Kalifornien nähert. Heute blockiert England immer noch die Stadt Newyork auf unserer Seite des Ozeans und schließt unsere Verkehrs- und Informationsmittel auf der anderen Seite ab.

In späteren Generationen werden Geschichtsschreiber auf das dramatische und tragische Ende der „Lusitania" als das Ereignis hinweisen, welches am eindrucksvollsten den langen Kampf aller Völker bezeichnet, das Meer freizumachen. Wenn jener Tag kommt, wird es erkannt werden, was unserem beschränkten Gesichtskreis noch dunkel erscheint, — daß die Männer, Frauen und Kinder, deren Leichen in den Wassern des britischen Kanals umhertreiben, nicht vergeblich gestorben sind, sondern daß sie die Opfer waren, die auf dem Altar der Freiheit des Heeres dargebracht wurden.

Manches, was Zeitgenossen als eine entsetzliche und furchtbare Tragödie erscheint, hat sich später als der Anbruch einer Zeit des Segens erwiesen."

Soweit die Ausführungen des bekannten amerikanischen Politikers. Es hieße ihre Wirkung abschwächen, wenn man von deutscher Seite noch irgend etwas hinzufügen wollte.

*

Die Torpedierung der „Arabic" — ein Kriegsfall für Amerika?

WTB. **London**, 25. August. „Daily Telegraph" meldet aus Newyork: Meldungen aus Washington besagen, daß dem deutschen Botschafter die Pässe zugestellt, der amerikanische Botschafter aus Berlin zurückgerufen und der Kongreß zur Erwägung der Mobilisierung einberufen werde, falls Deutschland nicht die Topedierung der „Arabic" als zu Unrecht erfolgt erkläre.

(Damit übertrifft der „Daily Telegraph" alle bisherigen englischen Presselügen. Die Red.)

Vom Balkan.

Serbien.

Pasitsch hat freie Hand.

WTB. **Wien**, 25. August. Die „Neue Freie Presse" meldet über Bukarest aus Nisch: Die Skupschtina hat der Regierung mit 103 gegen 24 Stimmen ihr Vertrauen ausgesprochen und ihr in der mazedonischen Frage freie Hand gelassen.

Was Serbien allenfalls abtreten würde.

c. B. **Budapest**, 25. August. „A Nap" meldet aus Sofia, der serbische Gesandte habe dem Vertreter eines griechischen Blattes mitgeteilt, daß Serbien nur geneigt sei, die Gegend von Istip und Kotschana an Bulgarien abzutreten. Die serbische Regierung werde eine Aenderung der heutigen serbisch-griechischen Grenze nicht dulden.

Die Gebiete von Istip und Kotschana in Neuserbien grenzen an das südwestliche Bulgarien. In diesen Gegenden spielen sich die häufigen Zusammenstöße zwischen serbischen und bulgarischen Banden ab. Daß Bulgarien sich mit der kleinen Kotschana-Ecke zufrieden geben werde, kann als gänzlich ausgeschlossen gelten.

*

Rumänien entläßt die Einberufenen.

c. B. **Kopenhagen**, 25. Aug.

Der Bukarester Korrespondent der „Nowoje Wremja" meldet, daß die zu den Waffen einberufenen Reservisten, nachdem sie eine 30tägige Uebung beendet hatten, jetzt gruppenweise wieder entlassen werden. Die „Nowoje Wremja" spricht angesichts dieser Tatsache und der durch Rumänien seit Monaten hingezogenen Verhandlungen mit der Entente von einem Doppelspiel Rumäniens.

c. B. **Stockholm**, 25. August. „Nowoje Wremja" berichtet aus autoritativer Quelle: Die Verhandlungen zwischen dem Vierverband und Rumänien, welche dieser Tage fertig werden sollten, führten infolge neuer Einwendungen Bratianus zu keinerlei positivem Ergebnis. Die rumänische Regierung ist nach wie vor entschlossen, neutral zu bleiben.

*

Neuer englischer Landungsversuch auf griechischem Boden.

c. B. **Wien**, 25. August.

Offiziell wird aus Athen gemeldet: In Kavalla landete eine kleine Abteilung englischer Soldaten und nahm die Richtung gegen das Postamt. Eine Abteilung griechischer Soldaten unter Führung des Majors Petropos stellte sich den Engländern entgegen und forderte sie auf, den Hafen zu verlassen. Nach einem kurzen Wortwechsel leisteten die Engländer der Aufforderung Folge und verließen Kavalla. Es wird vermutet, daß die englischen Soldaten damit entweder den Versuch machen wollten, gewaltsam aufzutreten oder aber, daß man sie deshalb landen ließ, um die Verfügungen zu erspähen, die zum Schutze der Stadt getroffen wurden.

Italien wird bange vor den Dardanellen.

c. B. **Lugano**, 24. August. Die „Gazetta del Popolo" veröffentlicht eine Unterredung mit einer hochgestellten Persönlichkeit, die, wenn sie auch nicht der Regierung angehört, doch, wie das Blatt erklärt, gut unterrichtet ist. Der Vertreter der „Gazetta" fragte: „Wird Italien bald an der Dardanellen-Aktion teilnehmen?" „Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber keinesfalls kann es richtig sein, daß als Folge der Kriegserklärung eine sofortige Teilnahme an den Kämpfen im Orient stattfinden wird. Italien gehört einer Gruppe von Mächten an, die mit der Türkei Krieg führen, und es ist nichts Außergewöhnliches, wenn sich jetzt auch Italien mit der Türkei im Kriegszustand befindet. Was aber eine militärische Aktion anbelangt, so müssen wir zuerst an uns denken und die Ereignisse auf anderen Schlachtfeldern richtig beurteilen. So weiß man nicht, ob die Deutschen ihre Offensive in Rußland fortsetzen oder sich dort festsetzen werden. Es ist die größte Vorsicht notwendig, will man sich nicht in gefährliche Abenteuer begeben. Die Presse behauptet oft, die Einnahme der Dardanellen würde die Wiederaufnahme der russischen Offensive bedeuten. In dieser Hinsicht muß man aber vorsichtig sein. Man muß in dieser schwierigen Situation die Ereignisse von Stunde zu Stunde beurteilen und sich nicht falschen Vermutungen hingeben."

Heimatfrieden.

Eine Geschichte von der Ostsee.

Von **Hans Seeseld.**

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Das waren ihre schönsten Stunden; sie mochten es sich nur nicht eingestehen, er nicht, weil es ihm töricht vorkam, seine Augen zu ihr zu erheben, die ihm so schön, so hoch, so klug und vornehm dünkte, und sie nicht, weil sie sich darüber erhaben dachte, sich wieder einmal rettungslos zu verlieben nach dem, was sie durchlebt und durchlitten hatte. Aber sie merkte doch, wie das Herzklopfen kam um die Feierabendstunde, sie merkte, wie ihr froh zumute ward, wenn die hohe, schöne Männergestalt vom Strande heraufkam.

So war sie auch heute wieder den Wiesenweg nach der Kuhweide hinauf gegangen. Sotan kläffte nicht mehr ärgerlich. Er lief ihr weit entgegen, sobald er das helle Kleid auf dem graugrünen Rasen schimmern sah und sprang freudebellend an ihr in die Höhe.

„Sotan, Sotan! Wilder du! Warte doch! Ja, ja, ich habe dir was mitgebracht!" Sie streichelte den klugen Zottelkopf des Hundes und reichte ihm Zucker dar. Unkel Jochen war noch beim Vieh. Margarete setzte sich wartend auf die Kiste, die heute vor dem Häuschen lag. Ein goldiger Spätsommertag lag über der Landschaft und streute all seine leuchtenden Farben über das eintönige, kleine Land. Tiefblau leuchtete das Meer und der Himmel, schneeig hoben sich die Schaumkronen der Wellen von dem dunklen Wasser ab, violettrot glühte die Heide, und silberne Johannisfäden durchzogen die wehende Luft. Margarete hatte die Hände um die Knie gefaltet und genoß in vollen Zügen die frische Seeluft und all die stille, farbige Schönheit um sie her. Einen guten Platz hatte der alte Kuhhirt sich ausgewählt für sein Hüttlein. Eben trieb er die Kühe in die Hürden zusammen, dann kam er langsam, pfeifend, den Sandweg herauf. Margarete spähte wieder landeinwärts. Dort an dem Wiesenstück stand ein junger, großer Mensch und schnitt emsig mit der Sense die dürftige Nachmahd ab. Im Nachbarstück schaffte eins der Mädchen aus dem Dorfe mit dem Rechen. Margarete hielt die Hand über die Augen und sah interessiert dorthin. War der Mann, der das Gras schnitt, nicht Ernst Arendt? — Jetzt richtete er sich auf und schob den spitzen Filzhut aus der Stirn, es war ihm wohl heiß. Nun sprach er mit dem Mädchen; das stützte sich auf den Rechen und sah ihn an. Margarete hätte um ihr Leben gern gewußt, was die beiden zusammen redeten. Unterdessen kam der Kuhhirt heran und begrüßte seinen jungen Gast freundlich.

„Süh dor, lütt Dirn! Gu'n Dag ook!"

„Guten Tag, Unkel Jochen! Geht's gut?"

„Unkel Jochen geiht dat immer good, lütt Dirn! Dem hat de leiwe Gott nich dat slichtste Flag utfäht!"

„Du hast doch auch deine Arbeit und Sorg', Unkel!"

„Mit de Arbeit geiht dat woll! Un Sorg hew ick kein! Ich sorg man för dat Veih, dat wat to lewen hett, und för mich sorgen annere, — de leiwe Gott, dat ick gesund bliw, und de Lüd int Dörp, dat ick to eten un to trinken heff!"

„Ja richtig, Unkel Jochen, und morgen ist wieder Tante Stining an der Reihe, dir Essen zu schicken! Ich bring' dir's!"

„Dat dau man, Döchting!" — Der Alte setzte sich neben sie und zündete sich seine Pfeife an. Margarete aber war unruhig. Dort auf der Wiese standen noch immer die zwei und sprachen miteinander. Eine brennende Eifersucht zog ihr ins Herz. Sie wollte gern den Alten ausfragen, der wußte gewiß alles. Sie durfte sich nur nichts merken lassen, — der sah einem ja mit den klaren Blauaugen bis ins Herz hinein! Aber es hielt sie doch nicht länger. „Unkel Jochen!" begann sie. Sie sah ihn nicht an, sie sah nach der anderen Seite, wo hinter den fahlgrauen Dünen das Meer schäumte. „Ist das dort nicht Tante Stines Wiesenstück?"

„Da is 't, min Dochter! — Ernst maigt ja dor! Un dor neben an, dat is Neels! — Neels sin is beter, veel beter!"

„Ist das Frau Neels, die da harkt?"

„Harken seh' ick keen, min Dochter! Ick seh' blots ein mit Ernsten snacken! — Dat is oll Neelsch ook nicht, dat is Tilde Neels. — Ne smucke Dirn! — Dat ward woll ins Tilde Arendts waren!"

Margarete war blaß geworden. „Ernstes Frau?"

„Ja min Dochter, worum nich! — Sei is ne slinke Dirn, ne düchtige Dirn, hebben beit se ook wat, de kann Ernst bruken!"

„Ist das schon bestimmt, Unkel Jochen?" Ihr Herz klopfte zum Zerspringen.

„Ick weet nich! Ich glöw dat woll!" — —

Nun schwiegen sie beide. Der Alte stocherte in seiner Tabakspfeife und sah den Wolken nach. Das Mädchen streichelte zerstreut Sotans zottigen Kopf, der sich zärtlich an sie schmiegte. Jetzt gingen die beiden Leute dort auseinander. Das Mädchen nahm die Harke über die Schulter und Ernst wickelte etwas um die Schneide seiner Sense. Dann nickten sie einander zu und ein jeder ging seines Weges. Margarete atmete erleichtert auf. Sie hätte es nicht mit ansehen können, wenn die beiden Leute sich die Hände gereicht hätten oder sich zärtlich verabschiedet. Aber daß sie es nicht taten, das sagte ihr auch nichts, — gar nichts! Es war nicht die Art der Leute hier, viel Wesens zu machen, namentlich hier draußen nicht, wo es leicht gesehen werden konnte — es konnte deshalb doch alles klar sein zwischen den beiden. — Margarete stöhnte. Der Gedanke machte ihr wahnsinnige Angst, — die Brust war ihr wie zugeschnürt, — Ernst — ach Himmel, — nur das nicht! — Und warum denn nicht? — Wie Schuppen fiel es ihr von den Augen, — sonnenklar wurde es ihr mit einem Male, — daß sie ihn liebte, — liebte, — liebte, — wie nie einen Menschen zuvor! — Sollte sie ihn fragen, wie er mit Tilde Neels stand? — Sie fürchtete sich vor seinen hellen Augen, sie würde sich verraten, wenn er sie anschaute, das wußte sie.

„Ernst geht woll nah sin anner Stück!" meinte der alte Hirt in ihren Gedankengang hinein.

„Wo ist das, Unkel Jochen!"

„'n ganz End af, min Dochter!"

„Das ist aber doch umständlich, um das bißchen Gras!"

„Dat ist woll, aber dor hat Ernst nich veel nach fragt! 'n beten mihr Arbeit deit em nix! Dat Achterstück is gaud! — So 'n Kirlmüt dat noch tau wat bringen!"

„Du meinst, Ernst ist ein tüchtiger Mensch?" fragte sie, um sein Lob zu hören. Da wurde der Alte gesprächig und erzählte eine Geschichte, eine lange Geschichte von harter Arbeit und bitteren Sorgen, von Ernsts Leben. Wie er ein kleiner Kerl von vierzehn Jahren war, hatte es schlecht zu Hause gestanden. Sein Vater spielte Karten und trank. War das Geld alle, das er aus der Fischerei und dem Schlachtvieh gelöst hatte, so borgte er. War er mit den anderen nach der Stadt, um Fische zu verkaufen, so brachte er nichts heim als einen Rausch. Frau Stine schalt und grämte sich, es half nichts!

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150826012/fragment/page=0002

Deutsches Reich.

Das Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.

Familienunterstützung und Hinterbliebenenversorgung. — Das Kartell- und Syndikatswesen.

WTB. **Berlin**, 25. August. In der Budgetkommission des Reichstags ist ein von Vertretern aller Parteien gestellter Antrag, das Verbot der Nachtarbeit im Bäckergewerbe auch nach dem Kriege weiterbestehen zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen worden. In einem Initiativantrag verlangte die Kommission ferner die Doppelleistung von Familienunterstützung und Hinterbliebenenversorgung für drei Monate in allen einschlägigen Fällen. In einer Resolution erklärte die Kommission, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließlich Reichssache sei. Wenn der Reichstag der Verordnung über die Errichtung von Zwangssyndikaten während des Krieges jetzt auch zustimmt, so sprach er doch die sichere Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach Friedensschluß eine geeignete Organisation dafür beim Reichsamt des Innern treffen werden.

Eintragung der zweiten Kriegsanleihe in das Reichsschuldbuch.

Wie man uns von zuständiger Stelle mitteilt, wird die vollständige Eintragung der Schuldbuchzeichnungen zur zweiten Kriegsanleihe in das Reichsschuldbuch wegen der großen Zahl der Eintragungsanträge noch einige Zeit in Anspruch nehmen, wodurch sich auch die Zusendung der Eintragungsbenachrichtigungen an die Gläubiger verzögern muß. Auf die rechtzeitige Zinsenzahlung hat dieser Umstand selbstverständlich keinen Einfluß.

Siedelungsbestrebungen in Ostpreußen. Eine ganze Reihe von den Russen schwer geschädigter Gutsbesitzer will nach der „Kgsb. Hart. Ztg." auf eine Weiterbewirtschaftung ihrer Grundstücke verzichten und stellt sie zum Verkauf; auch mehrere Pächter königlicher Domänen wollen ihre Pachtverträge nicht erneuern. So stehen bereits zwölf Domänen mit rund 24 000 Morgen Land für Siedelungszwecke zur Verfügung. In erster Linie sollen Bauerngüter, im übrigen aber auch Ansiedelungen von Arbeitern auf dem Domänenlande erstehen.

Der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Hermann Schmid, dessen Verwundung wir gemeldet haben, ist seinen Wunden erlegen. Er vertrat von 1909 bis 1912 Engen—Konstanz im badischen Landtag und von 1911 bis 1912 Konstanz—Ueberlingen im Reichstage.

Bei der Landtagsersatzwahl in Schweinitz-Wittenberg, die durch den Tod des konservativen Abgeordneten Frhr. von Bodenhausen notwendig geworden ist, wurde der Hauptlehrer Herrmann aus Friedersdorf ohne Gegenkandidaten gewählt.

Mb. Deutscher Reichstag.

18. Sitzung, Mittwoch, den 25. August.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück, Lisco.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Resolutionen und Anträge der Budgetkommission.

(Vierter Tag.)

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Fegter (Vp.):

Unter der Teuerung leiden am meisten die geringbesoldeten Beamten mit ihren feststehenden Bezügen. Wie soll es nach Friedensschluß werden? Die Ersparnisse sind dann aufgezehrt und die Leute stehen vor dem Nichts. Hier muß man rechtzeitig Vorsorge treffen. Alle Lebensbedürfnisse, nicht nur die Lebensmittel, sind teurer geworden. Das gilt auch für solche, die nicht knapp sind oder die nicht aus dem Auslande kommen. Zwischen den Forderungen der Landwirte und der Verbraucher muß ein Ausgleich auf der mittleren Linie gesucht werden.

Die Ernte ist in diesem Jahre gut geraten; wir haben 1870 kein so gutes Erntejahr gehabt. Die Klagen sind also durchaus unberechtigt. Es wird immer bekont, welch ungeheure Opfer die Landwirtschaft bringe, indem sie die alten Höchstpreise weiter hinnehme. Die unleugbaren Verdienste unserer Landwirtschaft um die Sicherung der Volksernährung werden niemals vergessen werden. Aber schon mehren sich im Lande die Gerüchte von der unersättlichen Begehrlichkeit der Landwirte, die rücksichtslos die Verzehrer ausbeuten. Zur Aufrechterhaltung der inneren Uebereinstimmung möge man von jetzt ab aufhören, zu wetnen und zu klagen und statt dessen lernen, zu leiden und zu ertragen, wie der arme Handwerker und der Kaufmann. Das sind die Leidtragenden, die die Opfer bringen. Die Landwirtschaft hat keine Veranlassung zu klagen. Das ist geradezu sündhaft. (Unruhe rechts.) Preistreibereien mit der Braugerste müssen hintan gehalten werden. Höchstpreise für Saatgut sind unabweislich, um befriedigende Verhältnisse zu schaffen.

Mit der Beschlagnahme der Kartoffeln und der Festsetzung von Höchstpreisen darf nicht so lange gezögert werden, bis die Preise wieder eine Höhe erreicht haben, die eine spätere Regelung erheblich erschwert. Auch mit der Herstellung von Kartoffeltrockenerzeugnissen muß zur rechten Zeit vorgegangen werden. Die Preise müssen im richtigen Verhältnisse zum Kartoffelpreis stehen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch hängt von den Futtermitteln ab, die wir früher zu einem erheblichen Teil aus dem Auslande bezogen haben. Jetzt fehlen uns die ausländischen Zufuhren, wir müssen uns mit den inländischen Vorräten einrichten. Die Schweineabschlachtung war jedenfalls verfehlt, weil mehr Schweine vernichtet worden sind, als nötig gewesen wäre. Dank der Einrichtung einer planmäßigen Lebensmittelversorgung gehen wir mit einem großen Bestande an Brotgetreide ins neue Jahr hinein. Deutsche Organisationskraft und Organisationskunst können den Sieg feiern, die Aushungerung eines Volkes von beinahe 70 Millionen Menschen verhindert zu haben. (Zustimmung.)

Das preußische Abgeordnetenhaus hat einen Antrag angenommen, der eine Einschränkung des Wildschadens bezweckt. Diesem Antrage ist aber nicht Folge gegeben worden. Man möchte glauben, der preußische Landwirtschaftsminister sei nicht so sehr ein Minister für Landwirtschaft als ein Minister für Wildschaden. (Sehr gut! links.) Auf diese unerträglichen Zustände muß man immer erneut hinweisen. Die verbündeten Regierungen müssen auf die Regierungen der Einzelstaaten einwirken, daß diesen Zuständen endlich ein Ende bereitet wird. Wir stehen wieder vor der Eröffnung der Jagd. Wenn jetzt nicht genügend Wild abgeschossen wird, haben wir im nächsten Jahre noch mehr als bisher unter Wildschaden zu leiden. Nicht nur der zünftige Jäger, sondern ein jeder, der durch das Wild geschädigt wird, muß das Recht haben, mit Flinten darauf loszuschießen. (Sehr richtig!) Die gestrigen Ausführungen des Abg. v. Gamp waren mit dem Burgfrieden nicht in Einklang zu bringen. (Zustimmung links.)

Abg. Hestermann (bei keiner Fraktion):

Den Ausführungen des Abg. Fegter müssen einige Klarheiten nachgegeben werden. Mit seinen Ausführungen hat er den Burgfrieden ganz gewaltig mehr gestört als er das etwa dem Abg. v. Gamp nachsagen kann. (Sehr richtig rechts, Unruhe links.) Warum greift man immer die Landwirtschaft an? Wenn wir unsere Landwirtschaft nicht hätten, wären wir ratzingslos verloren! Hat denn die Landwirtschaft den Verbrauchern die Lebensmittel verteuert? Haben nicht die Organisationen der Landwirtschaft gleich nach Kriegsausbruch Höchstpreise verlangt, die weit unter den später festgesetzten Höchstpreisen lagen? Und als später die Höchstpreise kamen, hat nicht die Landwirtschaft, sondern das Händlertum das Geld verdient. Unterstaatssekretär Michaelis hat uns doch gestern nachgewiesen, daß die Großmühlen ihr Geld aus den Geschäften verdient hätten, die sie vor Festsetzung der Höchstpreise mit der Landwirtschaft abgeschlossen hatten. Man hat sogar das Landwirtschaftsministerium wegen seiner Maßnahmen angegriffen. Der Minister kann sich doch nicht von Gefühlsduselei leiten lassen! (Lachen links.) Ihr Lachen regt mich nicht auf, sondern gibt mir nur den Beweis, daß Ihnen meine Ausführungen unangenehm sind. (Erneutes Lachen links.) Das Volk ist nicht berechtigt, von der Landwirtschaft zu verlangen, daß sie billiger produziert, als sie kann.

Die Aussprache über die Ernährungsfragen schließt.

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.) [bemerkt persönlich]:

Der Abgeordnete Fegter hat mir vorgeworfen, ich hätte den Abgeordneten Gothein persönlich angegriffen. Es gibt im ganzen Hause keinen, der mich so oft persönlich kränkt in meiner Eigenschaft als Großgrundbesitzer, wie er. Ich bestreite, gegen den Abgeordneten Gothein unfreundlich gewesen zu sein. (Widerspruch bei den Fortschrittlern.)

Abg. Fegter (Vp.):

Der Abgeordnete v. Gamp hat den Abgeordneten Gothein in Form einer Frage unterstellt, daß er mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen hier Ausführungen gemacht habe. Das war bisher im Hause nicht üblich. Von persönlichen Angriffen weiß ich mich vollständig frei.

Abg. Gothein (Vp.):

Der Abgeordnete v. Gamp hat in seiner Rede beständig gegen mich polemisiert und mich apostrophiert. Diese seine Kampfesweise ist mir seit Jahren bekannt, und ich rege mich darüber nicht auf.

Die Entschließung auf Schaffung eines Nahrungsmittelamts wird angenommen, und zwar mit dem sozialdemokratischen Antrage, der einen Beirat von Mitgliedern des Reichstags fordert. Die übrigen Entschließungen der Haushaltskommission zu den Ernährungsfragen werden angenommen.

Es werden dann die Resolutionen verhandelt, die zugunsten der selbständigen Gewerbetreibenden billigen Kredit fordern. Nach Beendigung des Krieges soll die Abtragung der gestundeten Schulden erleichtert werden.

Abg. Dr. Bötticher (Natl.):

In den Kriegsdebatten des Reichstages sind bisher die gewerbepolitischen Fragen zu kurz gekommen, obwohl anerkannt worden ist, daß einige Handwerkszweige, so das Baugewerbe, das Tischlergewerbe und das Schneiderhandwerk unter dem Kriegszustande zu leiden haben. Die Staats- und Gemeindebehörden haben sich ja bemüht, die private Bautätigkeit aufzufrischen. In erster Linie müssen eben die Handwerker Arbeit und Aufträge haben. Vor allem müssen die Handwerker gut und prompt liefern. Das wird erleichtert, wenn sich die Handwerksmeister zusammenschließen, um gemeinschaftlich größere Aufträge zu übernehmen.

Die beruflichen Organisationen des Handwerks, die Innungen und Handwerkskammern sind zur Vermittlung und Anregung von Lieferungsverbänden berufen. Vielfach fehlt dem Kleingewerbe Betriebskapital. Man hat sich bislang mit fortlaufenden Arbeiten über Wasser gehalten. Das Vermögen liegt in Werkstatteinrichtungen, Maschinen und Rohstoffvorräten fest. Man lebt von der Hand in den Mund. Auch hier können nur Aufträge und zweckmäßige Krediteinrichtungen helfen. Am schlimmsten daran sind die Betriebe, deren Inhaber im Felde stehen; sie und ihre Angehörigen haben in vielen Fällen die wirtschaftliche Existenz verloren und müssen nach dem Kriege von vorn beginnen. Wo die Betriebe haben aufrecht erhalten werden können, tut vor allem Kreditauffrichtung not. In einer dankenswerten Denkschrift haben der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und der Hauptverband gewerblicher Genossenschaften einige Gesichtspunkte zusammengestellt, wie am schnellsten und zweckmäßigsten geholfen werden kann. Man denkt mit einigen wenigen Millionen auskommen zu können; das ist angesichts des reichen Segens, den die Hilfeleistung stiftet und angesichts der sonstigen gewaltigen Ausgaben eine Bagatellsumme. (Sehr richtig!)

Die Hypothekenschwierigkeiten sind durch den Krieg noch vermehrt worden. Nicht nur das Baugewerbe, sondern auch der ganze Hausbesitzerstand leiden darunter, daß die Hypotheken gekündigt werden und neue nicht zu beschaffen sind, oder daß bei fälligen Hypotheken 4¾ bis 5 Prozent und außerdem eine Abschlußprovision bis zu 2 Prozent gefordert werden. Die Hausbesitzer fordern, daß gekündigte Hypotheken bis zwei Jahre nach dem Kriege gestundet werden. Die Versteigerung von Grundstücken soll während des Krieges unzulässig sein, weil sie nur eine starke Entwertung der Grundstücke und Gebäude zur Folge haben. Auch der Kaufmannsstand ist von schweren Sorgen heimgesucht. Dabei werden immer schwere Vorwürfe gemacht, Einzelvorkommnisse werden verallgemeinert und dem ganzen Stande zur Last gelegt. Die Organisationen des Kleinhandels haben jeden Fall von Lebensmittelwucher zu prüfen gesucht und in sehr vielen Fällen die Vorwürfe entkräften können. Um unlautere Bestandteile ausscheiden zu können, müssen wir möglichst bald ein Reichsnahrungsmittelamt und Preiskommissionen in den größeren Orten bekommen, bei denen auch die Verbraucher angemessene Vertretung finden. Alle Erwerbsstände sind bereit, durchzuhalten, aber der Staat muß es ihnen erleichtern. Wenn das in vollem Maße geschieht, werden wir zu einer neuen Blüte unserer Volkswirtschaft, unseres gewerblichen Lebens kommen. (Beifall.)

Auch diese Resolutionen werden angenommen, und zwar soll schon jetzt für billigen Kredit gesorgt werden, und nicht erst, wie der Ausschuß ursprünglich vorschlug, nach Beendigung des Krieges.

Eine weitere Entschließung fordert eine Verordnung über das Güteverfahren in den Rechtsstreitigkeiten, die vor die Amtsgerichte gehören.

Abg. Mumm (Wirtsch. Vgg.):

Im Ausland hat man mit dem Güteverfahren die besten Erfolge erzielt. Wir laufen Gefahr, daß wir in einer Flut von Prozessen versinken. Namentlich die Exmissionsstreitigkeiten der Kriegerfrauen würden für die Anwendung des Güteverfahrens sich eignen. Es wäre vorteilhaft, wenn in weitestem Umfange davon Gebrauch gemacht werden würde, einerlei in welcher Form.

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco:

Es schweben zurzeit Erwägungen, das Güteverfahren in vermehrtem Maße als bisher einzuführen.

Abg. Gothein (Vp.):

In einer Reihe von Fällen sind die Familien landwirtschaftlicher Arbeiter, die einen Jahresvertrag abgeschlossen hatten, von den Gutsherren aus der Wohnung entfernt worden, während der Familienvater im Felde stand. Ist das zulässig?

Staatssekretär Dr. Lisco:

Die Einzelfälle sind mir natürlich nicht bekannt. Es scheint mir jedoch, daß die Ausweisung aus der Wohnung nicht im Wege des Güteverfahrens erfolgt ist. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Es müßte ein Urteil dazu ergangen sein, und es kommen dann auch noch die Kriegsverordnungen des Jahres 1914 gegen Kriegsteilnehmer in Frage.

Die Entschließungen werden angenommen, ebenso eine weitere, die die Sonntagsruhe für das Zeitungsgewerbe fordert.

Die Lage der Kali-Industrie.

Abg. Herold (Ztr.):

berichtet über die Beratungen der Kommission. Sie hat einen Antrag angenommen, wonach die Propagandagelder in diesem Jahre nicht erhoben werden sollen. Die dem Reiche entstehenden Kosten zur Hebung des Kaliabsatzes sollen aus dem Reservefonds gedeckt werden, der auf 8 Millionen Mark angewachsen ist. Ferner sollen die Kalipreise um 1½ Pfg. für 1 Prozent reines Kali erhöht werden.

Abg. Sachse (Soz.):

An der Erhöhung des Kalipreises müssen auch die Arbeiter ihren Anteil haben. Manche Werke haben nicht nur die Löhne nicht erhöht, sondern herabgesetzt. Wir fürchten, die Landwirtschaft wird diese Erhöhung der Düngemittelpreise wieder zu einer Heraufsetzung der Preise für Lebensmittel benutzen.

Abg. Gothein (Vp.):

Durch die Nichterhebung der Propagandagelder fließen der Kaliindustrie etwa 8 Millionen zu, ihr Ausfall durch das Abschneiden der Ausfuhr beträgt etwa 130 Millionen Mark. Die andern Kosten bleiben sich mindestens gleich. Die Preise für Schmiere, Brenn- und Sprengmaterial sind erheblich gestiegen. Viele Kaliwerke können heute ohne Erhöhung des Kalipreises nicht einmal mehr ihre Obligationszinsen zahlen. Deshalb hat sich die Kommission zu einer Erhöhung der Tagespreise entschlossen. Eine Verteuerung der Produktion ist nicht zu befürchten, denn die Verteuerung macht für einen Hektar Weizen 60 Pfg. aus, das macht auf die Tonne noch nicht einmal 20 Pfg. Bei einem Hektar Roggen oder Hafer macht es 80 Pfg., bei einem Hektar Kartoffeln etwa 1,20 Mk. Wenn Sie herausrechnen wollen, um wieviel der Zentner Kartoffeln verteuert wird, so kommen Sie in die zweite Dezimalbruchstelle eines Pfennigs. Die Verteuerung ist wirklich so gering, daß sie nicht in Betracht kommen kann gegenüber der Notlage einer großen Industrie, die doch von uns von höchster Bedeutung ist. (Sehr richtig!)

Nach Friedensschluß werden wir sehr viel Rohstoffe aus dem dem Auslande einführen müssen, zunächst aber wenig auszuführen haben. In den Kalisalzen haben wir nun ein Erzeugnis, das lediglich im Lande gewonnen wird. Den Kaliwerken fließen durch diese Erhöhung etwa 6 Millionen, zusammen mit dem Fortfall der Propagandagelder also etwa 12 Millionen zu. Das hilft den Werken einigermaßen über die schwere Zeit hinweg, und sie werden sich auch verpflichtet fühlen, ihren Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren. Aber hier einen Zwang in dem Gesetz auszusprechen, schien uns nicht angezeigt. Die Mehrzahl der Werke wird es ohnehin tun, aber wo nichts ist, kann auch keine Erhöhung der Löhne erfolgen. Der Abgeordnete Sachse hat der Kommission selbst zugegeben, daß die Werke in der Mehrzahl eine Erhöhung der Löhne haben eintreten lassen oder erhebliche Mittel für die Unterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer verwendet haben.

Schließlich verlangt ein Antrag, der vom Abgeordneten Erzberger und mir eingebracht ist, daß der Termin für die Neuverteilung der Kali-Kontingente um ein Jahr hinausgeschoben wird. Die Neuverteilung ist eine schwere Aufgabe, die man bei dem Mangel an Beamten in solcher Zeit nicht unnütz in Angriff nehmen soll. Es ist dies ein Wunsch sämtlicher Kaliwerke, und es erscheint zweckmäßig, wo wir das Kaligesetz doch einmal ändern, diese Aenderung gleich vorzunehmen.

Unterstaatssekretär Richter:

Nachdem der Abgeordnete Gothein den Zweck des Abänderungsantrages eingehend begründet hat, beschränke ich mich auf die Erklärung, daß die Regierung mit dem Antrage einverstanden ist.

Abg. von Brockhausen (Kons.):

Trotz anfänglichen Widerstrebens und trotz des Bedauerns, daß sich die Landwirtschaft abermals mit einer Erhöhung der Erzeugungskosten vertraut machen muß, erklären wir uns einverstanden, daß die Abgabe für Verbrauchzwecke für das laufende Rechnungsjahr außer Kraft tritt, und daß die Auslagen für diese Zwecke aus dem Reservefonds gedeckt werden. Wir hoffen jedoch, daß die Mittel für Verbrauchzwecke nun in keiner Weise beschnitten werden und in bisheriger Höhe zur Verfügung bleiben. Wir sind auch damit einverstanden, daß für die Zeit vom 1. Oktober bis Ende März kommenden Jahres eine Erhöhung der Preise eintritt. Die Kali-Industrie muß demgegenüber nun aber auch alle Verpflichtungen voll erfüllen. Vor allem sollte sie ihren Arbeitern eine Erhöhung der Bezüge gewähren, damit sie ihr Leben angemessen fristen können. Dann aber wird auch aus den Kreisen der süddeutschen Genossenschafts-Verbände Klage darüber geführt, daß die Lieferungen der Station Mühlhausen vom Kalisyndikat abgelehnt worden sind, selbst dann noch, als die Genossenschaftsverbände sich bereit erklärten, die entstehenden Frachtunterschiede vorbehaltlich der späteren Entscheidung des Reichsamts des Innern zu tragen. Wir setzen auch voraus, daß die Bestellungen, die vor dem 1. Oktober erfolgen, bald ausgeführt und die Lieferung nicht etwa verzögert wird, um nachher einen höheren Preis zu erhalten.

Unterstaatssekretär Richter:

Es versteht sich von selbst, daß das Kalisyndikat verpflichtet ist, Lieferungen, die ihm jetzt in Auftrag gegeben werden, sofort zu leisten. Das ist zu seinem eigenen Vorteil wegen der Beförderungsschwierigkeiten. Bezüglich der Station Mühlhausen sind in letzter Zeit allerdings Mißstände vorhanden gewesen. Der Statthalter meinte zwar auf eine Anfrage, die Werke würden Lieferungen vornehmen können, es hat sich aber herausgestellt, daß die meisten still liegen. Zwar sind Läger vorhanden, doch handelt es sich nur um Salze anderer Qualität, so daß bei jeder Lieferung durch Zumischung von Chlorkalium der Gehalt gesteigert werden mußte. Deswegen hat sich das Kalisyndikat mit Recht geweigert, zu liefern. Es versteht sich jedoch von selbst, daß Wandel geschaffen werden muß. Die Lösung kann nur die sein, daß die Station Mühlhausen nur für die Salze bestehen bleibt, die von den Lägern geliefert werden können.

Abg. v. Brockhausen (Kons.):

In früheren Fällen, wo es umgekehrt war, hat das Kalisyndikat immer den Vorteil gehabt, und jetzt sollen die süddeutschen Abnehmer wiederum im Nachteil sein.

Unterstaatssekretär Richter:

Es wäre ein Unrecht für die Kaliindustrie, sie zu zwingen, zu jeder Sendung aus Mühlhausen Zuschuß zu leisten. Abhilfe muß indessen geschaffen werden.

Die Aussprache schließt. Es folgt die zweite Lesung.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Der Antrag Erzberger-Gothein und die Entschließungen des Ausschusses werden angenommen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird gleich zur dritten Lesung geschritten. Die Gesamtabstimmung ergibt einstimmige Annahme des Antrages Erzberger-Gothein und der Entschließungen des Haushaltsausschusses.

Die Kohlenfrage.

Abg. Dr. Junck (Natl.)

erstattet über die Beratungen der Kommission Bericht. Die Kommission hat sich eingehend mit der Bekanntmachung des Bundesrats über die Errichtung von Bertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau befaßt und wünscht, daß die Befugnisse, die den Landeszentralbehörden übertragen sind, auf den Reichskanzler übergehen. Der Reichskanzler wird ermächtigt, seine Befugnisse den Landeszentralbehörden zu übertragen. Diese Befugnis ist widerruflich. Weiter wünscht die Kommission, daß dort, wo es sich um wichtige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150826012/fragment/page=0003

Entschließung handelt, auch Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen zugezogen werden. Die ganze Verordnung soll spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kraft treten. — Weiter erklärt der Reichstag, daß die Regelung des Kartell- und Syndikatswesens ausschließlich Reichssache ist. Wenn er der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau nicht widerspricht, so wird er dabei lediglich von dem Gesichtspunkt geleitet, daß es während des Krieges zu große Schwierigkeiten machen würde, eine besondere sachverständige Behörde beim Reichsamt des Innern zu schaffen. Er spricht aber die sichere Erwartung aus, daß die verbündeten Regierungen nach Friedensschluß die geeignete Organisation beim Reichsamt des Innern treffen werden.

Abg. Gothein (Vpt.)

wendet sich dagegen, daß in die Bekanntmachung die Bestimmung aufgenommen werden soll, daß sie spätestens zwei Jahre nach Friedensschluß außer Kraft tritt. Nach Beendigung des Krieges müssen alle durch den Krieg hervorgerufenen Verordnungen außer Kraft treten. Fügt man in dieses Gesetz eine ausdrückliche Bestimmung hierüber ein, so kann daraus geschlossen werden, daß die Verordnungen, bei denen eine solche Bestimmung fehlt, weiter gültig bleiben.

Die Resolutionen werden ohne weitere Aussprache angenommen.

Die Kriegsbesoldung.

Eine Resolution ersucht den Reichskanzler, eine sofortige allgemeine Revision der Kriegsbesoldungsordnung zu veranlassen und ferner dem Reichstag einen Gesetzentwurf über die Kriegsbesoldungen alsbald vorzulegen.

Abg. Stücklen (Soz.):

Wir haben die Kriegskredite bewilligt und müssen nun auch Rechenschaft über ihre Verwendung verlangen. Die Kriegsbesoldungen sind ohne Mitwirkung des Reichstages festgesetzt worden. Die Kriegsbesoldungsordnung wird jetzt durch die Kommandogewalt des Kaisers gedeckt. Der Kaiser kann nicht das Recht haben, über die Mittel, die der Reichstag bewilligt hat, vollkommen frei nach eigenem Ermessen zu verfügen. (Sehr richtig!) Die Friedensbesoldungsordnung ist dem Reichstag vorgelegt worden, wir setzen jedes Jahr fest, wieviel die Offiziere, Militärbeamten und Mannschaften bekommen sollen. Da darf man doch jetzt nicht den Reichstag vollständig ausschalten. Auch die Mehrheit der Kommission war dieser Ansicht. Als der Krieg ausbrach, wußte man zwar, daß eine Kriegsbesoldungsordnung besteht, ihr Inhalt war aber niemand im Reichstag bekannt. Und dabei stammt diese Verordnung schon aus dem Jahre 1887! (Hört! Hört! bei den Soz.) Der Krieg beseitigt nicht das Budgetrecht des Reichstages.

In unserer Bibliothek war die Besoldungsordnung nicht zu erhalten, und als ich den Wunsch äußerte, sie kennen zu lernen, wurde mir gesagt, sie sei geheim. Es ist richtig, daß ein Teil der Verordnung geheim ist, dieser bezieht sich aber nicht auf die Besoldungsordnung. Hätten wir am 4. August gewußt, wie die Besoldungsordnung beschaffen ist, so hätten wir sicher nach einen oder zwei Tage auf ihre Prüfung verwandt. Wir hätten dann viel Geld erspart. Erst vor wenigen Tagen habe ich die Besoldungsordnung bekommen können. Da begriff ich, warum man uns so sehr vor ihr behütet hat. Ihr Studium ist alles andere als eine Annehmlichkeit. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ihre Sätze gehen weit über das erforderliche Maß hinaus. Manche Leute haben sich gewundert über das viele Geld, das sie bekommen. (Sehr richtig!) Ich will gewiß nicht an den Bezügen der höheren Offiziere nörgeln oder kleinlich sein den Pfennig schachern. Aber wenn sich das ganze Volk einschränken soll, da hätte man auch hier die Pflicht der Sparsamkeit gehabt. Wir wenden uns gegen die ganze Art der Besoldungsordnung. So bekommt ein junger Assessor, der vielleicht noch gar nicht angestellt ist, als Kriegsgerichtsrat ein Gehalt von rund 10 000 Mark. Die Gehälter sind allerdings nach Monaten berechnet, da wohl niemand eine so lange Dauer des Krieges voraussehen konnte. Ein Militärgerichtsschreiber, also ein ziemlich subalterner Beamter, bezieht für seine Tätigkeit 6000 Mark. Solche Bezüge kann man doch einfach nicht billigen. (Sehr richtig! links.) Gegen die Tagegelder der hohen Beamten muß sofort eingeschritten werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Der Bibliothekar der Kriegsakademie bekommt 50 Mark Zulage, weil es Krieg ist, die Professoren bekommen 90 Mark. Es ist gesagt worden, die Sätze kämen praktisch nicht zur Anwendung, weil die Herren im Felde seien. Warum stellt man sie dann auf. Das geht bis zum Totengräber in Metz, der monatlich 20 Mark Zulage bekommt. Der mag leider viel zu tun haben. Es liegt uns vollkommen fern, gegen die Zulagen zu reden, die die Herren im Kriegsministerium beziehen; wir wissen, daß die Herren der oberen Verwaltung tatsächlich viel arbeiten müssen. Aber Zulagen an ein ganzes Heer von Beamten und Angestellten, die durch den Krieg mehr freie Zeit gewinnen, hätte der Reichstag auf keinen Fall bewilligt. Von dem Augenblick an, wo wir Kenntnis von der Verordnung bekamen, sind wir dagegen gewesen. Unsere Entschließung verlangt eine sofortige Durchsicht und Aenderung der Kriegsbesoldungsordnung. Eine andere Entschließung verlangt die Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Kriegsbesoldungen. Praktische Bedeutung wird das allerdings erst nach dem Kriege haben. Da wird der Brunnen zugedeckt, nachdem die Millionen hineingefallen sind. Es muß der Regierung gezeigt werden, daß der Reichstag sein Ausgabenbewilligungsrecht für verletzt ansieht, weil eine Kriegs-Besoldungsverordnung zur Anwendung gelangt, von der er keine Ahnung hat.

Abg. Bassermann (Natl.):

Auch wir halten eine gesetzliche Regelung der Kriegsbesoldungen für notwendig und sind auch der Meinung, daß eine Reihe von Sätzen der bestehenden Kriegsbesoldungsordnung geändert werden muß. Es bezieht sich das weniger auf die Offiziersgehälter als auf die Bezüge von Militärbeamten. Die gesetzliche Regelung dieses Stoffes ist unterblieben, der Reichstag hat ihn für eine gesetzliche Regelung nicht beanspruscht. Deshalb bleibt ein anderer Weg nicht übrig als die Regelung durch eine Kriegsbesoldungsverordnung. Insofern kann man von einer Verletzung des Bewilligungsrechtes nicht sprechen. Wir werden trotzdem gegen die beantragten Entschließungen stimmen, weil eine Regelung in diesem Augenblick nicht möglich und durchführbar ist. Es fehlen die nötigen Kräfte. Darüber ist uns im Haushaltausschuß die nötige Aufklärung gegeben worden. Daß das Kriegsministerium dazu nicht imstande ist, wird jeder bestätigen, der weiß, wie die Herren dienstlich belastet sind. Es müßten Offiziere aus der Front oder aus den Garnisonen herangezogen werden. Dem würde ich dringend widerraten.

Eine gesetzliche Regelung der ganzen Angelegenheit in diesem Augenblick ist vollkommen ausgeschlossen, wenn wir uns an die großen Kämpfe bei der Besoldungsordnung erinnern, die wir hier beschlossen haben. Gang natürlich und selbstverständlich würde dann jede Schicht der Beteiligten mobil gemacht werden. Eine Aussprache würde viele Monate erfordern, wir haben das Kriegsministerium heute für wichtigere Aufgaben nötig. Selbst wenn zugegeben wird, daß Mißstände vereinzelt vorhanden sind, kann die Aufgabe jetzt nicht gelöst werden.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Die Auffassung der Regierung ist eine andere als die des Abgeordneten Stücklen. Der Erlaß der Besoldungsvorschriften stellt keine Verletzung des Bewilligungsrechtes des Reichstages dar.

Die Fragen, die mit der Kriegsbesoldungsordnung zusammenhängen, berühren den gesamten Aufbau der Reichsverfassung, insbesondere die Fragen, die der oberste Kriegsherr zu regeln hat. Es handelt sich nicht um ein juristisches Destillat, sondern um eine ganz reale historische Entwicklung. 1866 bestand eine Kriegsbesoldungsordnung und auch 1870 ist ebenso verfahren worden. Damals bestand das Reich zwar noch nicht, aber die Verfassung des Norddeutschen Bundes ist bekanntlich auf das Deutsche Reich übernommen worden. Niemand hat damals den Einwand erhoben, daß der Kontingentsherr nicht berechtigt sei, eine Kriegsbesoldungsordnung zu erlassen. Daß eine Kriegsbesoldungsordnung bestand und bestehen mußte, und daß im Kriege andere Gehälter und Löhne bezahlt werden müssen, liegt auf der Hand und mußte jeder wissen, der sich irgendwie darum kümmert. Eine Aenderung des vorliegenden historischen Rechtszustandes hätte höchstens beim Erlaß des Besoldungsgesetzes von 1906 im Reichstag erfolgen können. Damals haben die beteiligten Ressorts aufs Eingehendste geprüft, ob das Kriegsbesoldungsgesetz, das 1887 zum letztenmal erlassen worden war, eine Aenderung erheische und sie sind zu einer anderen Auffassung gekommen. Jetzt haben wir die vielen neu gebildeten Formationen.

Im Friedensetat sind die Formationen genau vorgeschrieben, mit dem Kriegsausbruch werden sie nicht nur auf Kriegsfuß gebracht, sondern die Kommandogewalt schließt auch die Schaffung neuer Formationen ein, die in keinem Etat stehen. Der Reichstag hat nur die Gesamtheit der Maßnahmen finanzieller Bedeutung, die durch den Krieg herbeigeführt werden, durch Bewilligung der Mittel zu decken, wie das bisher durch Bewilligung der Pauschsummen im Milliardenhöhe geschehen ist. Wenn wir die Durchführung im Rahmen des ordentlichen Haushaltes der Bewilligung des Reichstages zugänglich machten, dann wären wir längst geschlagen, längst verloren. In dem Offiziers-Pensionsgesetz sind außerdem die Friedensbezüge ausdrücklich im Gegensatz zu den Kriegsbezügen festellt worden.

Ich bin dem Abgeordneten Stücklen dankbar, daß es ihm fern gelegen habe, irgend jemand, der an der Kriegführung teilnimmt und seine Haut zu Markte trägt, ein materielles Interesse an der Kriegsbesoldungsordnung zuzutrauen, und bin ihm dankbar, daß er anerkannt hat, daß die Leistungen unserer Truppen im Felde so groß sind, daß der Maßstab des Geldes überhaupt nicht in Betracht kommt. Ich erkenne an, daß in der Tat in manchen Punkten die Kriegsbesoldungsordnung nicht so klar ist, wie sie sein sollte, und daß sie auf einen kurzen Krieg, nicht auf einen Krieg von so langer Dauer zugeschnitten ist. Das ist nicht bloß Theorie, sondern seit ich auf meinem Posten stehe, habe ich mit dem Kriegsministerium in Verhandlungen gestanden, wie die Härten und Ungerechtigkeiten nach oben und unten ausgebessert und ausgeglichen werden können. Praktische Erfolge sind dadurch erzielt worden, für die der Kriegsminister im Ausschuß Beispiele gegeben hat. Es handelt sich um viele Millionen, die auf dem Wege der stillschweigenden Abänderung für die Reichskasse erspart worden sind. Auf diesem Wege können wir weitergehen. Aber eine Gesamtrevision im Wege eines neuen Gesetzes noch während des Krieges vorzunehmen, ist für die beteiligten Personen und Aemter eine Unmöglichkeit. Wir haben dringlichere Aufgaben, lassen Sie uns Frist, bis eine ruhigere Zeit kommt. Vorläufig ist die Hauptsache, daß alle verfügbaren Kräfte an die Hauptaufgaben gestellt werden, damit wir siegen. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.):

Selbstverständlich sind die Leistungen unserer Truppen nicht mit Geld zu schätzen. Der Ausschuß war jedoch einer Meinung darin, daß die Gesetze der Kriegsbesoldungsvorschriften der Gerechtigkeit entsprechen und der Schatzsekretär hat das selbst anerkannt. Das Unrecht wird um so stärker empfunden, als es gegenüber den Männern an der Front, denen wir so dankbar sind, Platz greift und die es bitter empfinden müssen, wenn Leute fern ab vom Schuß viel größere Gebührnisse erhalten als die, die draußen so Großes leisten. (Sehr richtig!) Die Kriegsbesoldungsvorschriften gehören unzweifelhaft zur Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung de lege ferenda. Daß der Reichstag von seinem Recht bisher keinen Gebrauch gemacht hat, berechtigt nicht zu der Folgerung, daß er es nicht besitze. Das Ausgabebewilligungsrecht hätte ja sonst nur eine formale Bedeutung. Kein Mensch hat in dem letzten Jahrzehnt mit dem Krieg gerechnet, und ich behaupte, daß gerade der Zustand unserer Gesetzgebung der Beweis dafür ist. Wir werden im Interesse der Gerechtigkeit zum Besten unserer Frontoffiziere für die beiden Resolutionen stimmen.

Stellvertr. Kriegsminister v. Wandel:

Das Kriegsministerium ist mit dem Reichsschatzamt vollständig darüber einig, daß die Besoldungsvorschriften erhebliche Mängel enthalten. Wir sind dabei, Unvollkommenheiten zu beseitigen. Es sind erhebliche Erfolge erzielt worden, sowohl in finanzieller Richtung — viele Millionen sind der Reichskasse erspart worden — aber auch in sachlicher Hinsicht, indem Ungleichheiten und Härten nach oben und unten ausgeglichen worden sind. Es handelt sich aber nicht so sehr darum, daß die Offiziere oder sonstige in der Front stehende Persönlichkeiten gegenüber denjenigen, die weiter rückwärts sich befinden, benachteiligt sind, sondern mehr um zu hohe Bewilligungen für besondere Dienstleistungen, die zum Teil in der Besoldungsordnung gar nicht vorgesehen worden sind. Die Besoldungsordnung kam übrigens bei der Expedition nach Ostasien und bei dem südwestafrikanischen Feldzug in Anwendung. Damals hat niemand etwas dagegen gesagt. Technisch ist es nicht möglich, daß im Bereiche des Kriegsministeriums diese außerordentlich schwierige und weitschichtige Aufgabe jetzt gelöst wird. Nach dem Kriege wird aber die Revision nach Möglichkeit in die Wege geleitet werden. (Beifall.)

Abg. Rehbel (Kons.):

Wir sind davon überzeugt, daß eine grundsätzliche Revision im Augenblick ausgeschlossen ist.

Die beiden Resolutionen werden angenommen.

Donnerstag 3 Uhr: Weitere Resolutionen und Anträge der Budgetkommission, Antrag Schiffer (Natl.) wegen Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand, Antrag über das Wohnungswesen, Petitionen.

Schluß 5½ Uhr.

Provinzial-Nachrichten.

n. **Weißenfels**, 25. Aug. (Nochmals die Höchstpreise.) Nachdem in den Verhandlungen mit den Fleischermeistern ein Ausgleich erzielt wurde, veröffentlicht der Magistrat die abgeänderte Festsetzung der Höchstpreise. Der bereits festgesetzte Preis für Fleisch mit Knochen von 1 Mark wurde unverändert beibehalten, dagegen der für Qualitätsfleisch etwas erhöht. Es kosten danach Ochsenfleisch mit Knochen 1,20 Mk., ohne Knochen 1,40 Mk., ausgeschälte Lende 1,60 Mk., Kalbfleisch für Schnitzel 1,60 Mk., Hammelfleisch, Keule und Rücken 1,40 Mk., Schweinefleisch, Lende und Rücken 1,70 Mk. Die Wurstpreise blieben unverändert. Der Betrieb in den Fleischerläden ist wieder im Gange; allerdings geht es nicht ohne Randbemerkungen des Publikums, das da meint, was in Zeitz und Naumburg gelte, müsse doch auch in Weißenfels möglich sein. — Die Butterpreise wurden bekanntlich auf 90 bezw. 95 Pfg. festgesetzt; doch war am Montag die eigentümliche Tatsache zu konstatieren, daß Bauernbutter nur sehr wenig, Molkereibutter gar nicht am Markte war. Es ist anzunehmen, daß diese zurückgehalten wurde, ein Beginnen, das das Gesetz unter hohe Strafe stellt und den betreffenden Besitzern recht teuer zu stehen kommen kann.

Letzte Depeschen.

Die Washingtoner Regierung und die Arabic-Affäre.

WTB. **Newyork**, 25. Aug. Der Vertreter von W. T. B. teilt durch Funkspruch mit: Man hofft hier, daß sich für Deutschland die Möglichkeit ergibt, zu erklären, daß die „Arabic" begleitet worden ist oder versucht habe, das Unterseeboot zu rammen, oder auch trotz des Anrufes zu entfliehen, oder daß sie Manöver ausführte, welche das Unterseeboot vermuten ließen, sie versuche zu entkommen. Nach Washingtoner Meldungen erklärte die Regierung, daß sie entschlossen sei, einen Bruch zu vermeiden, falls dies ehrenvoll geschehen könne. Man nimmt an, daß die Regierung nicht beabsichtige, irgendwelche Erklärungen von deutscher Seite zu ignorieren, wie beispielsweise die Erklärung, daß Deutschland durch die Versenkung der „Arabic" keine Mißachtung der amerikanischen Rechte beabsichtigt habe.

Amtlich wird angekündigt, der Botschafter Gerard in Berlin werde wahrscheinlich angewiesen, das Auswärtige Amt um die Bekanntgabe des Tatbestandes zu ersuchen.

WTB. **London**, 25. August. Das Reutersche Bureau meldet aus Washington: Der deutsche Botschafter richtete nach Instruktionen aus Berlin folgendes Telegramm an das Staatsdepartement: Ueber die Versenkung der „Arabic" ist noch keine offizielle Mitteilung eingetroffen. Die kaiserliche Regierung vertraut darauf, daß die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Berichte, die nur von einer Seite angelangt sind und nach Meinung der Kaiserlichen Regierung nicht mit den Tatsachen übereinstimmen können, noch keinen definitiven Standpunkt einnehmen wird, sondern daß auch Deutschland Gelegenheit gegeben wird, gehört zu werden. Obwohl die Kaiserliche Regierung den guten Glauben der Zeugen, deren Erklärungen durch die europäische Presse mitgeteilt wurden, nicht bezweifelt, muß man im Auge behalten, daß die Erklärungen unter dem Einfluß der Aufregung abgegeben wurden, in der man leicht einen falschen Eindruck bekommen kann. Sollten wirklich Amerikaner das Leben verloren haben, so wäre das natürlich im Widerstreit mit dem, was wir bezweckten. Die Kaiserliche Regierung würde das außerordentlich bedauern und drückt Amerika ihre warme Sympathie aus.

Vor der Abstimmung über die Geheimsitzung in Paris.

c. B. **Genf**, 25. August. Die französische Regierung läßt durch den „Temps" auf das Parlament einwirken, damit die bevorstehende Kammerdebatte, gleichviel, ob diese in geheimer Sitzung oder öffentlich geführt wird, nicht ins Uferlose gerate, sondern ausschließlich den militärischen Augenblicksfragen sich zuwende. Der in der morgigen Sitzung zu stellende Antrag auf Abhaltung geheimer Sitzungen begegnet außerhalb der linksstehenden Gruppen fortgesetzt hartnäckigem Widerstande. Die gemäßigten Republikaner und die Konservativen zeigen sich als entschiedene Gegner. Augenblicklich läßt sich das Ergebnis der Abstimmung nicht voraussehen.

Versenkt.

WTB. **London**, 25. August. „Lloyds" meldet, daß der Dampfer „Sylvia" versenkt worden ist.

WTB. **London**, 25. August. (Reutermeldung.) Der Fischdampfer „Integrity" wurde versenkt. Die Besatzung ist gerettet. — Der Fischdampfer „Youngfrant" wurde versenkt.

Die Wirkung der U-Boote.

c. B. **Genf**, 25. August. Nach Newyorker Meldungen erhöhten die amerikanischen Versicherungsgesellschaften infolge der deutschen Unterseebootgefahr die Versicherungsraten für Schiffsendungen nach Europa um 25 v. H. ab 15. August.

England beschlagnahmt weiter.

c. B. **Kopenhagen**, 25. August. Anläßlich der Meldung, daß schwedische und norwegische Dampfschiffahrts-Gesellschaften beabsichtigten, deutsche Dampfer aufzukaufen, die in amerikanischen Häfen liegen, wird von englischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß diese Dampfer sofort beschlagnahmt werden würden, sobald sie sich auf der See zeigten.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 25. Aug. Sehr ruhiges Geschäft, leicht schwankende Kurse. Der bevorstehende Ultimo vermag die empfindlich reduzierte Geschäftstätigkeit nicht anzuregen. Höchstens veranlaßte er heute im freien Börsenverkehr einzelne Engagementslösungen, die auf die Kurse der betroffenen Werte einen leichten Druck ausübten. Im übrigen sprach sich die Stimmung zeitweise als vorwiegend fest aus. Deutsche Anleihen waren behauptet; in den Schatzscheinen herrschte Nachfrage. Dagegen setzte sich die Mattigkeit in russischen Anleihen in entschiedener Weise fort. Auch rumänische Rente wurde niedriger angeboten, desgleichen griechische Anleihen. Von rheinischen Montanaktien sprachen sich Phönix und Luxemburger schwächer aus, dagegen waren oberschlesische Werte gut gehalten. Angeboten waren von sonstigen Werten Hirsch Kupfer, R. Frister und Akkumulatorenaktien. Wesentlich höher wurden dagegen Wittener Gußstahlaktien; auch Thaleaktien lagen weiter fest. Im weiteren Verlauf blieb die Stimmung sehr reserviert. Ausländische Devisen ruhig, Cable Transfers etwas fester, Rubel schwach, das übrige nicht nennenswert verändert. Tägliches Geld 2¾ Prozent ca. Ultimogeld 3¾ Prozent ca. Privatdiskont 3⅝ Prozent ca.

Gegen Schluß des Verkehrs schwächte sich die Stimmung etwas weiter ab.

Getreide.

Berlin, 25. August. Die Abwärtsbewegung der Maispreise machte heute weiter Fortschritte. Rollende Ware wurde zwar von der Provinz in sehr großen Posten gekauft, die Vorräte blieben aber noch sehr groß und neue Zufuhren stehen in Aussicht. Im Lokohandel war das Angebot reichlich; trotzdem die Forderungen erniedrigt waren und die Kaufluft geringer war. Ausländische Gerste war bei großem Angebot gut gefragt, die Preise waren aber unverändert. Maismehl war wieder etwas billiger, ausländische Kleie und Rübenschnitzel wurden zu denselben Preisen wie gestern gehandelt. Getreidemarkt nicht notiert. Wetter: Schön.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Elbe (25. August).

Aussig	+ —	Roßlau	+1,41
Dresden	—0,93	Barby	+1,34
Torgau	+1,20	Schönebeck	+1,14
Wittenberg	+2,23	Magdeburg	+1,03

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: J. V.: Siegfried Dyck; Feuilleton, Vermischtes usw.: J. V.: Siegfried Dyck; für Unterhaltungsblatt und Letzte Nachrichten: Hans Katonek; für den Anzeigenteil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

sind stets an die „Saale-Zeitung", nicht an einzelne Schriftleiter — Zuschriften an die Schriftleitung, Berichte, Einsendungen usw. zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19150826012/fragment/page=0004